Nr. 3 1. Ausgabe

Sonntag, 4. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 20, 13 5 35, 13 5 97, 17 1 93. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2080. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile 31 mm breit M. 1.50, für das Ausland M. 2.—, Reklamezeile 83 mm breit M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Zifern- oder Buchstabenschrift 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Bruttopreise 10 v. H. Teuerungszuschlag. Briefgebühr 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.65, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Furcht vor der deutschen Tüchtigkeit

Von unserm Mitarbeiter

Rotterdam, 22. Dezember

Je näher man der Ausführung des Versailler Friedensvertrages rückt, desto häufiger vernimmt man aus englischen Schiffahrtskreisen sorgenvolle Auslassungen über die Deutschland auferlegte Pflicht, innerhalb der nächsten fünf Jahre 250 000 Tonnen Schiffsraum jedes Jahr zu liefern. Das Schlagwort „Tonne um Tonne!", mit dem man während der Khakiwahlen paradierte, ist aus dem Register verschwunden: ebenso wie das andere Schlagwort: „Deutschland muß alles bezahlen!" und „der Kaiser muß aufgehängt werden!" Der Unterschied zwischen der vertragsmäßigen Tonnenlieferung und den beiden andern „idealen" Forderungen ist bloß der, daß die britischen Schiffahrtskreise nach den hier vorliegenden Berichten maßgebender Organe, auf das sogenannte „Danaergeschenk" lieber verzichten wollten. Vollständige Verzichtleistung scheint jedoch unmöglich. Der Versailler Vertrag bindet nicht bloß Deutschland, sondern auch die Alliierten. Wenn es heute aus vielfachen Gründen den britischen Reedern nicht gefällt, in deutschen Werften Frachtraum für England bauen zu lassen, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß diese Resignation den Franzosen, den Italienern paßt. Von der französischen Regierung wird der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte gepredigt. Starke Gruppen stehen hinter diesem Plane. Man wünscht in französischen Kolonialkreisen, die Verbindungen zwischen dem Mutterlande und den afrikanischen sowie den asiatischen Besitzungen „von der britischen Unterstützung freizumachen", beschreitet also den Weg der Emanzipation von der englischen Kauffahrteischiffahrt. Die 250 000 Tonnen kämen Frankreich wohl zupasse; das weiß man in England und beginnt darüber nachzudenken, wie sich aus dem Dilemma „nehmen oder nicht nehmen" herauskommen ließe.

Nehmen will man nicht. Und das aus folgenden, sehr plausiblen Motiven: „Die deutsche Schiffsbaukunst verdankt ihren Ursprung der englischen", schreibt das tonangebende Blatt „Fairplay", „der erste deutsche Dampfer wurde in England gebaut. Wir waren so töricht, die Deutschen im Schiffsbau zu unterweisen. Bald erkannten wir den Fehler. Der Deutsche begann sich sehr schnell zu entwickeln, verlegte sich mit dem ihm eigenen Fleiße und mit dem ihm eigenen technischen Talente auf die Ausdehnung seiner Kauffahrteiflotte. Wir führten einen langen Krieg, in dem es uns gelang, die deutsche Flotte zu vernichten und die deutsche Handelsschiffahrt niederzulegen. Der Deutsche soll keine Schiffe mehr bauen. Das ist unser Wunsch. Das ist die beste Lösung, die wir uns denken können. (Während des Krieges forderte dasselbe Blatt Tonne um Tonne. — A. d. R.) Allein, diese Lösung läßt sich mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht vereinbaren. Wir haben Bundesgenossen, denen die Anwendung des Artikels in der von uns gedachten Form der Durchführung nicht passen könnte ..."

Auf die Gründe der Abneigung gegen den „deutschen Frachtraum" näher einzugehen, wird von „Fairplay", in Uebereinstimmung mit den „Times", mit der Glasgower „Schiffahrtszeitung", bemerkt, daß die englischen Reeder sehr große „Bedenken" hätten, den „findigen Deutschen" die Pläne zu geben, die unerläßlich wären, wenn der Kontrakt zur Ausführung gelangen sollte. Die englische Regierung, genauer gesagt, das Handelsmarineamt, ist in diesem Punkte sehr streng. Es läßt keine Bitter, keinen Plan hinaus. Es wehrt sich gegen die amerikanische „Rangier" und fürchtet offenbar die Einigung mit den deutschen Schiffsbauern, deren „Talente" sie mit scheelen Augen erblickt. Ohne Pläne läßt sich aber kein Schiff bauen. Ferner: in den englischen Schiffswerften sieht es momentan sehr unerfreulich aus. Es wird andauernd über Schwierigkeiten mit den Arbeitern geklagt. Man möchte etwas tun, um die Arbeitslust zu heben. Von maßgebenden Reedern ist nun die Ansicht geäußert worden, man sollte die inländischen Aufträge steigern, gleichzeitig eine Lohnreform einführen und die „armseligen 250 000 Tonnen selber bauen". In Deutschland könnte man immerhin andres Material herstellen lassen, das für die englische Schiffsbauindustrie von Wert wäre. Diese Ansicht findet um so lebhaftere Zustimmung, da tatsächlich die Befürchtung herrscht, „man werde sich in Deutschland wieder auf den Schiffsbau verlegen".

Die Erwartungen der britischen Fachorgane sind für die deutschen Werften sehr schmeichelhaft. „Deutschland vermag jährlich eine Million Tonnen zu produzieren", erklärt ein Kenner in den „Times". Man denkt in London anhaltend darüber nach, wie man die deutschen Reeder „lustlos" machen könnte. Soll man sie, auf Grund des Versailler Vertrages, nötigen, ihre Werkstätten unter englische Aufsicht bauen zu lassen? Soll man ihnen die Arbeiter nehmen und, gleichfalls unter englischer Kontrolle, bauen lassen? Diese und ähnliche Gedanken treten in häufigen Wiederholungen in der Fachpresse auf und schließen sich in der Schlußfolgerung zusammen: „Lieber auf die 250000 Tonnen verzichten, als die Deutschen wieder zum Schiffsbau anspornen, als sie in unsre Pläne gucken lassen." Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß diese Bewegung in der englischen Schiffahrtswelt sehr bald in den kommenden Verhandlungen über die Durchführung der Versailler Bestimmungen zu deutlichem Ausdruck gelangen wird ...

Der Irrtum der Entente

* Danzig, 2. Januar. Die Alliertenkommission, die in Danzig eingetroffen ist, konnte das gesuchte Schwimmdock von 50 000 Tonnen in Danzig nicht entdecken, da es in Wirklichkeit nicht vorhanden ist.

Der neue Friedenstermin

* Haag, 3. Januar. Der Oberste Rat hat die Auswechslung der Ratifikationsurkunden nunmehr endgültig auf den 16. Januar festgesetzt unter der Voraussetzung, daß alle Fragen über die Vorbereitungen für das Inkrafttreten des Friedensvertrages geregelt sind. Die Ratifikation soll in der Form stattfinden, daß die deutsche Delegation zunächst das November-Protokoll unterschreibt. Dann folgt die Auswechslung der Ratifikationsurkunden und hierauf wird Clemenceau dem Chef der deutschen Delegation einen Brief überreichen, in dem die Alliierten ihrer Bereitwilligkeit Ausdruck verleihen, ihre Forderung, betreffend die 400 000 Tonnen deutsches Hafenmaterial herauszusetzen, wenn bewiesen wird sei, daß Deutschlands Wirtschaftsleben dadurch zugrunde gerichtet werden würde.

Das Drängen auf Beschleunigung

Genf, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) „Homme libre" meldet am Donnerstag: Der deutschen Delegation wurde eine Eingabe des Alliertenrates zugestellt, die das Ersuchen nach Beschleunigung der Unterzeichnung des Schlußprotokolles ausspricht. Der „Temps" schreibt, die Alliierten würden nicht über den 16. Januar hinaus auf den Austausch der Ratifikationsurkunden warten können, der von der deutschen Unterzeichnung des Protokolles abhängig ist.

Internationale Handelsfragen

Aus Washington wird gemeldet: Das amerikanische Nationalkomitee für europäische Finanzierung ist damit beschäftigt, ein Anleiheprojekt von mindestens zwei Milliarden und gegebenenfalls auch von vier Milliarden auszuarbeiten, um Kredite an die europäischen Länder zur Erweiterung des amerikanischen Exporthandels gewähren zu können. Dem Komitee gehören u. a. an: Expräsident Taft, Morgan und fünfzehn weitere hervorragende Persönlichkeiten. Einer dieser Männer, der Direktor der fördernden Handelskammer der Vereinigten Staaten, Edward Filene, hat ein Projekt für eine große Anleihe zur Gewährung von Krediten an die europäischen Länder ausgearbeitet. Er schlägt vor, Fünf-Dollar-Anleihescheine auszugeben, um so eine möglichst weitgehende Beteiligung an der Anleihe zu ermöglichen. Es ist ein großer Propagandafeldzug geplant, um Anhänger für die Anleihe zu werben.

Rotterdam, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus New-York gemeldet wird, hat die Morgangruppe in Verbindung mit mehreren andern Finanzleuten eine Außenhandelsgesellschaft gegründet, die sich mit dem Import und Export, dem Handel von Schiffsanteilen sowie der Verleihung von Krediten und dem Ankauf von Anteilen ausländischer Gesellschaften befassen wird.

Berlin, 2. Januar. Eine aus 15 Herren und Damen bestehende amerikanische Quäkerkommission nimmt laut „Berl. Lokalanzeiger" auf einige Zeit ihren Sitz in Berlin, um ein großzügiges amerikanisches Hilfswerk für Deutschland durchzuführen. Die Kommission stellt eine Ergänzung der Tätigkeit des amerikanischen Lebensmittelkontrolleurs Hoover dar. Die Kommission wird vom Reichspräsidenten empfangen werden.

Zur Verprovlantierung Deutschlands

Nach Blättermeldungen aus Buenos Aires ist ein großes deutsches Unternehmen mit einem Kapital von 10 Millionen Pesos ins Leben gerufen worden, das sich die Verprovlantierung Deutschlands als Ziel gesteckt hat. Das Unternehmen versucht, gegen entsprechende Garantien einen Kredit von 100 Millionen Pesos zu erhalten, um dafür argentinische Erzeugnisse für Deutschland anzukaufen.

Der englische Handelsimperialismus

ITA. Brüssel, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) „Libre Belgique" schreibt, daß die Briten allmählich in Belgien die Stelle der Deutschen einnehmen. Während es vor dem Kriege sehr wenig englische Geschäftshäuser in Antwerpen gab, machen die Engländer seit dem Waffenstillstand große Anstrengungen. Verschiedene Bankhäuser, Meinungsbeirauten, Versicherungsgesellschaften usw haben dort Häuser gekauft und sich eingerichtet. Der Stab der Angestellten besteht fast ausschließlich aus Engländern.

Die Maßnahmen der Pariser Konferenz

+ Hamburg, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Das „Fremdenblatt" erfährt aus Paris: Die Mehrzahl der italienischen Blätter dringt darauf, daß Nitti nicht nach Paris gehen soll, da die Fiume-Frage doch nicht die von Italien gewünschte Lösung erfahren werde. Seit der Erklärung Clemenceaus in der Kammer nimmt in Italien immermehr die Anschauung Raum, es sei am besten, die Pariser Konferenz gänzlich zu ignorieren und Fiume kurzerhand Italien einzuverleiben, ohne sich darum zu kümmern, was die Pariser Konferenz vornimmt.

Die Kosten der Besatzungsarmee

Genf, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus Paris bezifferte Klotz in der Sitzung des Finanzausschusses der Kammer am letzten Dienstag die Kosten der Ententebesatzung in Deutschland für das Jahr 1919 mit 4¼ Milliarden Franken einschließlich der Aufwendungen für die Ententekommission in Berlin.

Rotterdam, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus New-York: Lansing gab im Senat auf Anfrage mehrerer Senatoren bekannt, daß die amerikanischen Truppen im besetzten Gebiet bleiben.

Ein Ultimatum an Rumänien

+ Budapest, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Das Blatt „Pester Lloyd" meldet: Die Entente hat an Rumänien ein Ultimatum gerichtet. Rumänien soll die Erklärung abgeben, daß es sich den Forderungen der Entente wegen der Rückgabe der aus Ungarn verschleppten Materialien fügt. Für den Fall einer Weigerung droht der Verband, Rumänien aus dem Verband auszuschließen.

Wieder eine Milliarde für Lebensmittel

Berlin, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Auch für das erste Vierteljahr 1920 sind Reichsmittel im Betrag von mehr als einer Milliarde Mark für die Verbilligung der Lebensmittel bereitgestellt.

Die Eisenbahnerbewegung

Will die Regierung den Eisenbahnerstreik? Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Leipziger Volkszeitung" vom 1. Januar Ausführungen, die nach ihrer Angabe aus Eisenbahnerkreisen stammen. Es wird darin der Vorwurf erhoben, daß der Tarif der Organisationen seit vierzehn Tagen bei der Generaldirektion liege, aber noch nicht beantwortet sei. — „Es wird hierzu", wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei in Dresden mitteilt, „festgestellt, daß der Tarif am 20. Dezember bei der Generaldirektion eingegangen ist und daß der Präsident sofort Verhandlungen mit den Organisationen der Beamten angeknüpft hat. Das war deshalb notwendig, weil die Beamten erklärt hatten, unter allen Umständen von solchen Neuforderungen der Arbeiter Kenntnis erhalten zu müssen, um nicht wieder benachteiligt zu werden. Nur aus diesem Grunde und weil in dieser Zeit die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage eine weitere Beschleunigung unmöglich machten, konnte eine Sitzung zu Verhandlungen mit der Organisation der Eisenbahnarbeiter erst für den 5. Januar anberaumt werden. Die Ueberschrift, die von der „Leipziger Volkszeitung" beliebt wird, dient also lediglich agitatorisch-demagogischen Zwecken.

Die Unabhängigen fordern den Zusammentritt der preußischen Landesversammlung

+ Berlin, 3. Januar. Im Auftrage der unabhängigen Fraktion der preußischen Landesversammlung haben die Abgeordneten Adolf Hoffmann und Rosenfeld, der „Freiheit" zufolge, den sofortigen Zusammentritt dieses Parlaments verlangt. Begründet wird dieser Schritt mit der zwischen der preußischen Eisenbahnverwaltung und den Vertretern der Eisenbahnerorganisation geführten Tarifberatung, die angeblich ins Stocken zu geraten und zu scheitern droht.

40 000 Berliner Arbeitern wegen der Kohlennot gekündigt

Berlin, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In Berlin, Spandau und Potsdam wurde nach Mitteilung der Arbeitgeber mehr als 40 000 Industriearbeitern wegen Kohlennot für kommenden Sonnabend gekündigt.

Wien, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Kohlennot dauert an, so daß man vor einer abermaligen Einstellung des Straßenbahnverkehrs in Wien steht.

Schließung einer Werft wegen Arbeitsunlust?

Die Leitung der Elbinger Schichauwerft wandte sich, wie gemeldet wird, zum Neujahr mit einem Appell an die Arbeiterschaft und wies darauf hin, daß eine Schließung der Werke unvermeidlich sei, wenn die Arbeitsunlust fortdauere.

Kommunistische Propaganda

ITA. Köln, 2. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Wie der Vertreter der „Köln. Ztg." aus guter Quelle erfährt, entfalten die Kommunisten in Sachsen, wie wahrscheinlich überall, wieder eine regere Tätigkeit, die auf eine geplante Neuorganisation ihrer Propaganda zurückzuführen ist. Nach seiner Quelle wollen die Kommunisten den wirtschaftlichen und politischen Umsturz mit Hilfe revolutionärer Betriebsorganisationen, die an Stelle der Betriebsräte treten sollen, für die nächste Zeit vorbereiten. Alle großen Städte sollen in Bezirke eingeteilt werden, an deren Spitze besonders vorsichtig ausgewählte Bezirksführer stehen. Diese haben die Aufgabe, die Revolution in ihrem Bezirk zu organisieren und an dem Tage, an dem die Diktatur des Proletariats erklärt wird, die Durchführung gemeinsam zu überwachen.

Auseinandersetzungen über das Baltikum

Berlin, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Chef der Entente-Kommission für das Baltikum, General Nieffel, ist wieder auf deutschem Boden in Tilsit eingetroffen. In Berliner Regierungskreisen erwartet man neue Auseinandersetzungen mit der Entente über die Schuldfrage wegen der Vorgänge im Baltikum.

Waffenstillstand im Osten

Kopenhagen, 2. Januar. „Nationaltidende" meldet aus Riga: Der Waffenstillstand zwischen Estland und Sowjet-Rußland wurde in letzter Nacht unterzeichnet und tritt am 3. Januar in Kraft. Er gilt vorläufig eine Woche und wird automatisch verlängert, wenn eine Kündigung nicht erfolgt.

Koltschaks Zusammenbruch

Hamburg, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Fremdenblatt" wird aus Kopenhagen berichtet: Die Nachrichten über die ungünstige Lage Koltschaks werden jetzt durch Meldungen aus London vollkommen bestätigt. Danach ist die Armee Koltschaks gänzlich zusammengebrochen, ihre Niederlage so vollkommen wie möglich. Ein Heer von Flüchtlingen überströmt die Landstraße. Nun soll auf Wunsch der Entente Japan Truppen nach Sibirien schicken und das Vordringen der Bolschewisten zum Stehen bringen.

Grenzbesetzung durch die Litauer

Aus Königsberg meldet das Wolff-Bureau: Neuerdings litauische Truppen haben die Grenze besetzt. Die Litauer stehen zumeist unter der Führung englischer Offiziere und verhalten sich im allgemeinen korrekt.

Aufhebung des Belagerungszustandes an der Ostgrenze

+ Berlin, 3. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Belagerungszustand über die ostpreußischen Abstimmungsbezirke und die Grenzbezirke Ostpreußens ist, wie wir erfahren, auf Beschluß der preußischen Staatsregierung aufgehoben worden.

Die Illusionspolitik Wilhelms II.

Die bisher veröffentlichten Briefe des früheren Kaisers Wilhelm II. an den ehemaligen Zaren Nikolaus II. vervollständigen in wertvoller Weise das Charakterbild dieses Monarchen. Sie zeigen ihn eingesponnen in eine Welt von Illusionen und nutzlichen Gedanken, weit entfernt von der Welt der nüchternen und harten Wirklichkeit. Vor allem ergibt sich aus allen seinen vertraulichen Aeußerungen gegen seinen „lieben Freund Nicky", soweit sie bisher bekanntgeworden sind, daß er es ernst und aufrichtig mit der Erhaltung des europäischen Friedens meint, daß er dieser Aufgabe stets zu dienen und zu nützen wollte und gar nicht ahnte, wie sehr er sie durch seine großen Worte, seine herausfordernden Gesten und seine unbedachten Drohungen schädigte. Es fehlte ihm jedes Augenmaß für die Tatsachen; alles war bei ihm mehr oder weniger unklare Gefühlsache. Er schwankte wie ein haltloses Rohr im Wind von einem Extrem zum andern. Vor allem aber wußte er die Kunst des wahren Staatsmannes nicht zu üben, seine Zunge oder Feder im Zaume zu halten und zur rechten Zeit zu schweigen. Was ihn im Augenblick gerade innerlich bewegte, damit platzte er heraus, ohne zu überlegen, ob er damit nicht etwa die deutsche Politik, die Lebensinteressen des Deutschen Reiches voreilig festlegte und beeinträchtigte. Ziehen über Rußland Wolken herauf oder richtet die russische Randpolitik begehrliche Blicke nach dem fernen Osten, flugs ist er mit der feierlichen Versicherung bei der Hand, daß er Rußland unter allen Umständen „den Rücken decken" werde gegen jedermann in Europa. Hier wird also der Bundesvertrag versprochen und spätterhin geleistet, ohne daß der Kaiser auch nur die leiseste Möglichkeit gegeben wird, hierfür die geringsten Vorteile einzutauschen oder vielleicht eine andre, den deutschen Interessen mehr entsprechende Haltung einzunehmen, lediglich aus dunklen romantischen Empfindungen heraus.

Aehnlich steht es um den ständigen, recht plumpen und selbst für den mittelmäßig begabten Zaren leicht zu durchschauenden Versuch, durch den Appell an die Solidarität der Monarchen zur Aufrechterhaltung des Grundsatzes „von Gottes Gnaden" und durch die Erregung von Furcht vor der republikanischen Ansteckungsgefahr einen Keil zwischen dem Zarentum und der „R. R.", der französischen Republik, zu treiben. Weil er selber so empfand, setzte er auch bei jedem andern „von Gottes Gnaden" dieselben Empfindungen als selbstverständlich voraus und gab sich der Täuschung hin, ein Bündnis, das auf dem Milliardenlegen aus französischem Golde beruhte und zugleich die Taschen einflußreicher russischer Machthaber ständig füllte, durch romantische Phrasen sprengen zu können. Es wäre immerhin sehr interessant, zu erfahren, was der Zar hierauf geantwortet hat. Das Fehlen der Zarenbriefe ist eine bedauerliche Lücke, die vielleicht in absehbarer Zeit ausgefüllt werden wird.

In diesen Briefen zeigt sich der frühere Kaiser von einer etwas vorteilhafteren Seite, als in seinen Randbemerkungen. Bisher fällt er nur einmal aus der Rolle, indem er die Franzosen „diese verdammten Schufte" nennt. Wie er aber trotz seiner unbezweifelbar ehrlichen Friedensliebe durch seine Unbedachtsamkeit, seine herausfordernden und aufreizenden Redensarten und seinen Hochmut friedensstörend wirkte, das zeigen seine Aeußerungen gegen England: „Ich werde den Engländern niemals erlauben, Transvaal zu unterdrücken!" Das ist mehr als eine augenblickliche Wallung, ist kennzeichnend für die überhitzte Vorstellung von seiner Macht und Allgewalt. Er hielt sich wirklich für den Deutschen Kaiser, abgewehrt hat, für den Schiedsrichter der Welt. Auf die sehr deutliche englische Drohung, die bereits 1905 nach Berlin gerichtet wurde, England werde sich mit Frankreich und Rußland gegen Deutschland verständigen, wenn Deutschland seine Politik in Afrika nicht ändere, ließ er nach London antworten, daß England sich in diesem Falle selbst lächerlich machen würde, aber aller Welt verhaßt — wieder die Illusion, daß Deutschland in aller Welt furchtbar geliebt werde! — und „wenn sie mit irgend jemand sonst Scherereien hätten, würde ich nicht einen pommerschen Grenadier zu ihrer Hilfe in Bewegung setzen". Welche kraftwürdige Unterstützung Englands, die sich auch im Konflikt mit den Buren geltend machte und uns unendlich geschadet, uns schon damals die tödliche Feindschaft Englands zugezogen hat — aus reiner Romantik, um der armen, braven Buren willen, die uns jetzt ihre Dankbarkeit in so eigenartiger Weise bekundet haben.

Kein Zweifel, diese Briefe sind von großem historischen Wert. Nur scheinen sie, soweit man bis jetzt wissen kann, durchaus nicht zu beweisen, was die Ententepresse ausgeschlagt hat, daß Wilhelm II. von langer Hand auf den Weltkrieg losgesteuert ist. Im Gegenteil. Er zeigt sich auch in diesen persönlichsten Ergüssen als eifriger Friedensfreund, aber leider auch als vollkommen unpolitischer Kopf. Ihm war jeder Weitblick versagt, und auch die Fähigkeit, über sich selbst irgendwelche Kontrolle auszuüben. Auch er war ein Romantiker auf dem Thron, aber mit weniger Fähigkeiten als Friedrich Wilhelm IV., dem er in manchem ähnelt.

* Berlin, 3. Januar. Die „Voss. Ztg." fährt fort mit der Veröffentlichung der Briefe Kaiser Wilhelms an den Zaren Nikolaus. In einem Schreiben, das das Datum des 12. November 1908 trägt, führt der Kaiser im Anschluß an den nach dem Rücktritt Bismarcks von den „Hamburger Nachrichten" zum ersten Male der deutschen Oeffentlichkeit mitgeteilten Inhalt des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags aus: Ich bin theilnahmlos über Bismarcks schreckliches Benehmen, das, obgleich es ein „Ende" ist, sich lediglich gegen mich persönlich richtet und nichtsdestoweniger einen Druck der Loyalität gegen Deine Regierung darstellt und einen Fleck auf dem Gedächtnis meines Großvaters und auf dem Deines Vaters zurückläßt. Ich habe meinen Onkel, den Kanzler, bereits verständigt, was im Parlament zu sagen ist, und ich hoffe, Du wirst zufrieden sein mit der Art, wie diese Angelegenheit behandelt wird. Bei diesem letzten Schlag des Fürsten, insbesondere durch den Versuch, das Volk glauben zu machen, daß ich unter englischem Einfluß war und es noch jetzt bin, werden die klareren Köpfe anfangen zu verstehen, daß eigene Gründe mich zwangen, diese